

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung im Land für drei Monate 4,50 M., für sechs Monate 8,50 M., für ein Jahr 16,50 M. Bei Familien- u. Veranlassungsbezügen 10% der Zeitungspreise. Inland für den bezugsfolgenden Tag. Ausland für den bezugsfolgenden Tag. Zusätzlicher Postzuschlag für die Auslandsendung. Druck- und Verlagsanstalt: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 122. Verantwortlich: Kurt Herberichs und Hans...

Inhalts-Nachricht: Die wichtigste Tagesneuigkeit über den Kampf um die Weisung des Reichsgerichts vom 10. Sept. Bei Familien- u. Veranlassungsbezügen 10% der Zeitungspreise. Inland für den bezugsfolgenden Tag. Ausland für den bezugsfolgenden Tag. Zusätzlicher Postzuschlag für die Auslandsendung. Druck- und Verlagsanstalt: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 10 122. Verantwortlich: Kurt Herberichs und Hans...

FREIHEIT

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein neuer Triumph Rostes.

Landesversammlung der Unabhängigen Rechtssozialisten.

Eine Rede Rostes.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Dresden, 14. September.

Die Versammlung der Unabhängigen Rechtssozialisten Sachsens ist heute zusammengetreten. Sie wird beherrscht von dem Problem der Bildung einer auf gesicherter parlamentarischer Mehrheit fundierten Regierung. Da die Rechtssozialisten sich außerstande fühlen, eine entschiedene revolutionäre Politik zu machen, die ihnen die Unterstützung der Unabhängigen Sozialdemokraten sichern würde, so zog schon der Vorsitzende des Landesvorstandes Sandermann die Konsequenz, in dem er unter Ausfällen auf unsere Partei, die natürlich an dem ganzen Unheil der Rechtssozialisten schuld sein soll, das Zusammenarbeiten mit den Demokraten als notwendig bezeichnete. In dieselbe Kerbe hieben der Berichterstatter der Volkskammerfraktion Müller-Brodau und die Abgeordneten Rahmann und Fröhlich, die zu energischem Komplex gegen die Unabhängigen aufforderten. Nach ihrer und ihrer Vorredner Darstellung verließen die Unabhängigen angeblich immer mehr dem Kommunismus und würden von ihnen über kurz oder lang gänzlich geleitet werden. Als Beweis für diese lächerliche Behauptung diente ihnen eine arge Verzerrung der jüngsten Auseinandersetzungen in unserer Partei — als Probe möge genügen, daß einer der Herren den Beweis des Herfalls unserer Partei bereits daran erkannte, daß die Reichskonferenz nicht einmal mehr gewagt habe, noch Beschlüsse zu fassen.

Ein anderer Wind wehte aus den Reden einiger anderer Delegierter aus dem Lande. Sie gaben ihrem lebhaften Unbehagen über die antirevolutionäre Entwicklung Ausdruck, die durch das Bündnis mit den Demokraten noch verstärkt wurde, besagten die lächerliche Haltung der Regierung bei der Reform der Bureaukratie usw. und sprachen eifrig für ein Abkommen mit den Unabhängigen, ohne allerdings einen gangbaren Weg zu solcher Zusammenarbeit aufzuweisen zu können. Sie hoffen immer noch auf irgendein Kompromiß. Für eine entschiedene revolutionäre Politik, die für uns eine solche gemeinsame Arbeit allein gangbar machen könnte, können auch sie sich nicht entschließen.

Den Schluß der heutigen Tagung und den Clou bildet eine Rede Rostes, die ungefähr eine Wiederholung jener Rede war, mit der er die Opposition auf dem Reichsparteitag zu Weimar niederschmetterte. Neu war nur, anlässlich des Falles Oberst Reinhard die Behauptung, daß er Offiziere, die die Regierung beschimpften, nicht duldet — angeblich hat er solche Offiziere schon mehrfach entlassen. Aber daß der Oberst Reinhard, die ihm zur Last gelegten Verbrechen wirklich getan habe, glaube er nicht; der Gewährsmann des „Vorwärts“ sei ein lächerliches Subjekt. Die Untersuchung soll jetzt, da der Oberst aus dem Urlaub komme, sofort einleiten. Bei dieser Gelegenheit vorsetzte Roste dem „Vorwärts“ und Herrn Schweidemann, der den Fall bekanntlich in seiner Kasseler Rede erwähnt hat, einige scharfe Seitenhiebe — überhaupt verlangte er von der Parteipresse und den Genossen mehr Vertrauen in die Regierung — gläubig und folgsam soll der Rechtssozialist der Weisheit der Führenden vertrauen und nicht erwidern, wenn die Regierung, um zur Ordnung zu kommen, Gewaltpolitik gegen die Arbeiterklasse treibe und Härte entwickle. Denn ohne das geht es nicht, erklärt Herr Roste, und die Delegiertenchar Klatsche ihm Beifall; der Widerspruch wagte sich nicht mehr hervor. Dann wurde die Verhandlung auf Montag vertagt.

Die Bedeutung des Wahlergebnisses Hendersons.

Amsterdam, 14. September.

Der Londoner Korrespondent des „Loknoot“ meldet ausführlich das Wahlergebnis Hendersons in Widnes, der Sieg sei um so bemerkenswerter, als der Wahlerfolg seit 1896 immer in konservativen Händen gewesen sei. Die Konservativen haben seit Dezember 1908 Stimmen verloren. Die Ansichten der Arbeiterpartei für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen bezeichnet der Korrespondent als ausgezeichnet.

Der Londoner Korrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ meldet: Hendersons Rückkehr in das Parlament muß zweifellos als großer Sieg der Arbeiterpartei betrachtet werden. Von verschiedenen Seiten ist dem Korrespondenten gesagt worden, daß Churchill nach diesem Ausgang der Wahlen nichts anderes übrig bleibe, als sein Amt niederzulegen. „Evening Standard“ schreibt: Henderson werde es als seine Aufgabe betrachten, eine Arbeiterregierung zu bilden. Dieser Plan habe die Rede, die er am 11. d. M. im Gewerkschaftskongress hielt, beherrscht.

Die „Westminster Gazette“ schreibt: Der Verlust des Wahlkreises Widnes zeigt, daß es tatsächlich keinen Wahlkreis mehr gibt, auf den die Regierung sich einigermaßen verlassen kann. Die Stellung der Regierung wird dadurch noch mehr geschwächt.

Der englische Gewerkschaftskongress gegen die Dienstpflicht.

H. N. Gass, 14. September.

Aus London wird gemeldet: Der Gewerkschaftskongress in Glasgow hat einen Antrag von Thomas, dem Führer der Eisenbahner, angenommen, in dem von der Regierung die sofortige Abschaffung der Dienstpflicht und die Zurückführung der britischen Truppen aus Rußland verlangt wird. Wenn diese Forderungen nicht genehmigt werden, wird ein Sonderkongress einberufen werden, um sich darüber zu beraten, in welcher Weise man einen Druck auf die Regierung ausüben kann.

Der Kongress hat einen neuen Parlamentsausschuß gewählt. Als bezeichnend ist es anzusehen, daß nach einer Rede von Glynns nur 5 Mitglieder in diese Kommission gewählt wurden, die Beschwärter des direkten Verfahrens sind, während die anderen 11 Mitglieder sämtlich den verfassungsmäßigen Weg gehen wollen.

Ein Handreich gegen Fiume.

Am Sonnabend nachmittag wurde in der italienischen Kammer bekannt, daß Gabriele d'Annunzio, der gegenwärtig in Fiume verweilt, am Freitag an der Spitze einer größeren Truppenabteilung in Fiume eingezogen ist und sich dort festgesetzt hat. Der Vorgang hat in der Kammer eine gewisse Verärgerung hervorgerufen. Fiume, auf das Italien Anspruch erhebt, ist nach dem Friedensvertrag Italien nicht zugesprochen worden. Die italienischen Nationalisten entsetzten deshalb seit Wochen eine beständige Agitation für die Angliederung Fiumes, und auf ihr Konto fällt daher auch der Streik zur Last, den sich d'Annunzio mit seiner „Mähnen“ Flotte geleistet hat. D'Annunzio hat sich bereits zum Gebiete über die Stadt aufgeschoben. Auch lange dürfte seine Herrschaft nicht dauern, da die italienischen Verbündeten, die bisher den Sturz der Stadt übernommen hatten, mit dieser Art von Lösung der italienischen Frage kaum einverstanden sein dürften.

Wien, 14. September.

Das Salzburger Korrespondenzbüro erzählt aus Fiume: Gestern sind die letzten italienischen Abteilungen aus Fiume abgegangen. Gestern abend bekamen die italienischen Kriegsschiffe „Daute Alighieri“ und „Emanuele Filiberto“ den Befehl, den Hafen zu verlassen. Schon in der Nacht von Donnerstag auf Freitag sind von den genannten zwei Kriegsschiffen einige hundert Matrosen desertiert. Das Kriegsschiff „Emanuele Filiberto“ ist heute trotzdem abgegangen, während „Daute Alighieri“ im Hafen verbleiben dürfte, weil die Leizer die Maschinen beschädigt hätten und sodann repariert sind. Der Kommandant Petaluga erschießt eine Anzahl desertierender Matrosen gegen militärische Maßnahmen verboten wurden. Trotzdem bildete sich ein Demonstrationszug, an dem sich auch einflussreiche Matrosen und Offiziere beteiligten. Nach dem Abzug richtete ein Panzerautomobil seine Maschinengewehre auf das Gouvernementsgebäude. Eine Abteilung Carabinieri besetzte das Gebäude. Die englische Wache und einzelne Soldaten wurden von Italienern verspottet und ausgepöffelt.

Im Namen und mit Unterstützung der Verbände ist die Verwaltung Fiumes d'Annunzio übergeben worden. Dieser kam in den Gouvernementspalast und befahl General Petaluga, ihm die Gewalt zu übergeben. Petaluga wurde im Gouvernementspalast interniert. D'Annunzio verkündete darauf die Annexion Fiumes im Namen Italiens.

Münchener Greuel.

Die Beweisaufnahme im dem Prozeß gegen die der Geiselerziehung beschuldigten Personen, ist am Sonnabend geschlossen worden. Im Laufe und Zuge hat das „Volks“-Gericht, die von der Verteidigung gestellten Anträge zur weiteren Beweisführung abgelehnt. Diese Tatsache ist ein neuer Beleg für die bereits vor einigen Tagen von uns gekennzeichnete offene parteiische Haltung dieses vollkommen unter dem Banner des Vorherrschenden stehenden Gerichts. Mit diesem Beschlusse hat das Gericht zu erkennen gegeben, daß es das fortsetzen will, was in den ersten Sitzungen in München begonnen wurde.

Damals war die Tatsache der Erziehung der zehn Geiseln der Anklage für eine Reihe der schwersten Maßnahmen, die von den in München einmarschierenden Weissen Garden begangen wurden. Damals bereits wurde alles, was an Verabschönigungswürdigen von den Weissen Garden begangen wurde, mit dieser Geiselerziehung gerechtfertigt. Auch wurde alles getan, um durch die Tatsache der Geiselerziehung zur Kenntnis des Volkes zu bringen, aber alles mit einem Schleier zu verhängen, was dieser Erziehung vorhergegangen ist und was sie veranlaßt hat.

Die Ablehnung der Beweisanträge der Verteidigung zeigt, daß das Gericht der Absicht, die Vorgänge vor der Geiselerziehung und ihre Ursachen in Dunkel zu halten, treu bleibt. Während für die Tat gleichgültige und nicht zur Sache gehörige persönliche Dinge, die nur dem Sinnenfuhler des zahlreich erschienenen Publikums dienen, mit Hilfe des Vorherrschenden breit ausgesprochen und durch eine willkürliche auf den Versuch der des bürgerlichen Republikanismus beschränkte Berichterstattung überaus verbreitet wurden, ist jede Beweisaufnahme nach der Richtung unterblieben, was denn die Ursache und den letzten Anstoß zu der Erziehung der Geiseln gegeben hat.

Wir sind gegen den Vorwurf gereizt, als wenn wir die Erziehung der Geiseln irgendwie billigen würden, denn wir haben bereits unmittelbar nach Begeben dieser Tat, am 6. Mai, unsere Absichten über sie mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht. Wir empfinden auch heute nicht die geringste Schwäche für die Menschen, die weder ihrer überhöhten Wirksamkeit noch ihrem Charakter nach irgendwelche Sühnung für die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung gehabt haben. Aber die Gerechtigkeit gebietet in jedem Fall, daß den Ursachen für ein Vergehen nachgespürt wird, besonders aber dann, wenn, wie in diesem Fall, mancher dadurch eine Erklärung findet, was sonst unverständlich ist.

Aber die Aufhellung dieser Ursachen ist anscheinend dem „Volks“-Gericht heute ebenso unangenehm, wie sie im Mai der bayerischen Regierung und den Militärbehörden unangenehm war. Trotzdem ist durch die Beweisaufnahme zweimal zutage getreten, daß die entschieden gereizte Stimmung der Bekämpfung des Wittbold-Gymnasiums hervorgerufen worden ist durch das Bekannwerden der willkürlichen Erziehung von Rotgardisten, die den Weissen Garden in die Hände gefallen waren. Bereits einige Tage vor dem 30. April sind in Starnberg 21 Rotgardisten auf diese Weise erwischt worden, obwohl sie ein Recht hatten als Gefangene behandelt zu werden, sind Sanitätsoldaten, die ebenfalls in die Hände der Weisgardisten fielen, auf dieselbe Weise ums Leben gekommen. Dadurch wird die Erziehung der Geiseln nicht gerechtfertigt, aber es wird begreiflich, daß die Stimmung entstehen konnte, die zu der gräßlichen Erziehung der gefangenen Geiseln führte.

Selbst bürgerliche Schriftsteller sehen in diesem Verhalten der Weissen Garden den Anstoß zur Geiselerziehung. In einer Schrift „Das blutige Fiasko der Käterepublik“, die den Einmarsch der Weissen Garden verurteilt und mit der Wiederaufrichtung des Militarismus völlig einverstanden ist, schreibt Hugo Huber-Dreuer, daß die Nachrichten von der Niederlegung von roten Gefangenen und Sanitätskräften durch die Weisse Garde die Stimmung erzeugt haben, aus der heraus die Geiseln erschossen wurden.

Die Volkspresse, mit der die bürgerliche und die rechtssozialistische Presse sich jetzt bedeckt auf diesen Prozeß gestürzt hat, ist alles andere als berechtigt. Die Geiselerziehung ist weder die erste Verbrechen, die im April und Mai in München begangen wurde, noch ist sie die gräßlichste. Die tatsächliche Ermordung der 21 in



Befangenschaft geratenen Soldaten in Starnberg, die Ermordung von Sanitätern, die bei Ausübung ihres Viebeswerks gefangen wurden, stellt eine mindestens ebenso große Grausamkeit dar, als die Erschießung derjenigen Personen, die wegen Fälschungen von Stempeln und anderer gegenrevolutionärer Handlungen gefangen geleitet wurden.

Aber was der Geistesrichtung folgte, ist weit schlimmer als das, was ihr vorausging. Unheimlich sind die Taten, die die Weißen Gardisten in München verübten, obgleich vieles davon auch heute noch in völliger Dunkel gehüllt ist. Aber was davon bekannt ist, genügt bereits vollkommen, um zu zeigen, daß die Entzückung der bürgerlichen und der rechtssozialistischen Kreise eitel Schein ist. Wer sich einen Einblick in die Unzahl von Schreckentaten, begangen von den Weißen Gardisten in München, verschaffen will, dem sei empfohlen, einen Blick in die kürzlich in unserem Verlag erschienene Schrift „Die Münchener Tragödie“ zu werfen. Obwohl sich der Verfasser einer auch von den Gegnern anerkannten Zurückhaltung bei der Darstellung dieser Greuelthaten beschränkt, und nur einen geringen Teil des unheimlich angedruckten Materials über solche Grausamkeiten in die Breisicht aufgenommen hat, zeigt sie doch, daß derjenige, den die innere Absicht vor solchen Taten zu öffentlichen Ehren erweint, sich vor allem gegen diese militaristischen Ausschreitungen wenden muß. Wer von den Deutschen, die jetzt die wackelnden Berichte über den Geiselmordprozess veröffentlichten und Entwürfe zur Schau tragen, denkt heute noch daran, daß aufrechte Soldaten zu einer Zeit da München bereits vollkommen ruhig war, 21 Mitglieder eines katholischen Gesellenvereins auf verschiedene Art und Weise ermordet haben! Und wer von diesen Greuelthaten hat bisher etwas dagegen zu sagen gewagt, daß das Verfahren gegen diese Mörder eingestellt worden ist? Wer von ihnen hat mit der Energie, die er jetzt auf die Brandmarkung der Angeklagten im Geiselmordprozess verwendet, eine Bestrafung der Mörder Landauerers verlangt. Diese Liste konnte ins Ungemessene verlängert werden, wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß nicht innerlicher Mord vor dem blutigen Terrorismus den Geiseln die Feder führt, sondern nur der Wunsch, die Arbeiterbewegung für die Taten der jetzt Angeklagten verantwortlich zu machen.

Es sei deshalb noch einmal daran erinnert, daß selbst die Rechtssozialisten Münchens sich genötigt sehen, gegen die militaristische Mordherrschafft Protest zu erheben, freilich ohne daß dieser Protest den Tod irgend eines Menschen verhindern, noch Bitten für die ungezählten Verbrechen erreichen konnte. Wieviel Opfer dieses Vorgehen der Militaristen in München gefordert hat, das zeigt ein amtlicher Bericht, der jetzt erklärt, keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen zu können. Danach sind neben den „kämpfend Gefallenen“ 42 Angehörige der roten Armee und 144 Zivilpersonen „handrechtlich erschossen“ worden. „Durch Unglücksfälle“ kamen ums Leben 184 Zivilpersonen. Diese Zahlen machen Ausführungen überflüssig, denn sie zeigen, daß Hunderte von Menschen dem Wüten der Militaristen zum Opfer sind, denn weder die Verzeichnung „handrechtlich erschossen“ noch die des „Unglücksfalls“ kann auch nur einen Augenblick darüber hinwegtäuschen, daß in all diesen Fällen derselbe Mordherrschafft hat, wie bei der Ermordung der katholischen Gesellenvereiner.

Wir wenden uns nicht dagegen, daß die Schuldigen an der Tötung der Geiseln bestraft werden. Aber während der Prozess gegen sie mit allen Nachmitteln des Staates geführt wird, bleiben die Mörder in militarischen Stellungen unbehelligt. Fast sechs Monate sind vergangen, daß Major 32 Matrosen ermordet ließ. Er ziert bisher noch nicht die Anklagebank und wird sie wohl auch kaum je zu betreten brauchen. Und während Vogel in Holland ein angenehmes Dasein führt, amüsiert sich kein Rumvon Kunde in Gefängnissen und feiert Feste. Auch der Mörder der sieben „Vorwärts“-Parlamentäre wird bis heute ebensowenig verfolgt, wie diejenigen, die an der Ermordung der Leute in der Alexanderkaserne die Schuld tragen. Sollen wir noch weitere Fälle anföhren?

So hat sich denn gegen früher auch in dieser Beziehung nichts geändert. Die Klassenjustiz lebt noch immer und feiert besonders gegenwärtig ihre glänzendsten Triumphe.

Die Ermordung der Vorwärtsparlamentäre.

Es wird mitgeteilt: Der Untersuchungsansführer der Preussischen Landesversammlung hat am heutigen Freitag seine Arbeiten wieder aufgenommen. Er nahm zunächst Kenntnis von den Akten der Gerichts der 1. Garde-Division, Amtsstelle Potsdam, im Bezugsbereich unbekannt wegen Ermordung des Schriftführers Fernbach, eines der „Vorwärts“-Parlamentäre. Die Untersuchungsarbeiten ergaben nichts Neues, insbesondere keine neuen Belastungsmomente gegen Major von Stefani. Der einzige Belastungszeuge Helms erscheint durchaus unglaubwürdig. Der Ausschuss hat dann einen längeren Vortrag des Berichterstatters über den Inhalt der „Akten Fahne“ und des „Freiheit“ von der Revolution bis zu den Januarunruhen.

Endlich beriet der Ausschuss über seine weiteren Arbeiten. Die Drucklegung der Berichte über die Januarunruhen hat begonnen und soll möglichst beschleunigt werden. Eine größere Anzahl von Zeugen ist für Sonnabend und Montag vorgeladen.

Von dem früheren Polizeipräsidenten Eichhorn lag ein Schreiben vor, in dem er erklärt, daß er auf eine erneute Vernehmung keinen Wert mehr lege, wenn nicht die Belastungszeugen, die gegen ihn angeklagt hätten, wieder vorgeladen würden und ihm Gelegenheit gegeben würde, seinerseits Zeugen zu benennen. Der Ausschuss wird bei der erneuten Ladung Eichhorns mitteilen, daß das selbstverständlich geschehen soll.

Soweit diese Mitteilung sich über die Ermordung der Vorwärtsparlamentäre äußert, zeigt sie klar und deutlich den Willen des Untersuchungsansführers, die Wahrheit zu vertuschen. Es ist unwohr, daß dem Kommandanturgericht nur ein einziger Belastungszeuge gegen den Major von Stefani benannt worden ist. Neben dem Zeugen Helms, den bezeichneterweise die Mitteilung als unglaubwürdig hinstellt, haben sich eine ganze Reihe von Zeugen angedeutet, die bekunden wollen, daß Stefani die Ermordung der Vorwärtsparlamentäre angeordnet hat.

Wir fragen: warum ist es bis heute trotz der zahllosen Anhaltspunkte für die Anklage gegen Stefani noch nicht zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung

lung gekommen? Nur durch sie kann festgestellt werden, ob Helms „unmöglich“ ist und ob die Aussagen der anstehend absichtlich beiseite geschobenen anderen Zeugen ausreichen, den Major Stefani des Mordes zu überführen.

Aber kann die jetzige Regierung den Mann auf die Anklagebank bringen, der für den „Vorwärts“ mit schweren Mienen wiedererobert hat? Will sie endlich gegen den Mörder der sieben Parlamentäre einschreiten, dessen militärische Heldentaten in den Januartagen der „Vorwärts“ noch gestern in überschwinglicher Weise gerühmt hat. Die Fragen stellen, heißt sie verneinen.

Die Woge der Faulheit.

Der Kampf gegen die Arbeiterbewegung wird in allen Ländern mit den gleichen Argumenten geführt. Zur gleichen Zeit, in der in Deutschland jede soziale Bewegung der Arbeiter, jede Lohnbewegung, jeder Streik als ein Verbrechen am Volk bezeichnet wird, hat in Frankreich ein Minister von der Rednertribüne über den Rückgang der Arbeitsleistung als die „Woge der Faulheit“ bezeichnet, die sich über die ganze Welt ausbreitet. Diese Tatsache gab den Anlaß zu einem Artikel, den der Genosse Marcel Cachin in der „Humanité“ geschrieben hat. Der Artikel lautet:

Wenn man nicht will, daß die Zivilisation untergehe, oder einfacher, wenn man ernsthaft gegen die Teuerung ankämpfen will, dann muß man produzieren. Das wiederholt man uns unaufhörlich, und wir geben zu, daß dies in der Tat die erste Bedingung zur Rettung der modernen Gesellschaft ist.

Aber zur gleichen Zeit, da jedermann die Notwendigkeit erkennt, daß intensiver als je produziert werden muß, da verdoppeln und verdreifachen sich in allen Ländern und in allen Berufen zahllose Streiks. Und die Regierungen, die Journalisten und die Interneuerer, sie heben die Hände zum Himmel und erklären, daß die Dinge so nicht weitergehen können, und daß wir so zum Ende aller Dinge gelangen.

Ein Minister hat von der Rednertribüne ein Wort in die Öffentlichkeit geschleudert; er hat von der „Woge der Faulheit“ gesprochen, die sich allmählich über die ganze Erde ausbreitet.

Wir glauben, daß diese offizielle Persönlichkeit den moralischen Zustand unserer Zeit nur sehr schlecht kennt. Wir leben in einem Augenblick eines mühsamen Uberganges. Was gestern war, verschwindet; und andererseits merken wir von der neuen Ordnung bisher erst einen schwachen Hauch und eine flüchtige Spitze.

Aber eines ist sicher, daß die Arbeiter in der ganzen Welt entschlossen sind, sich nicht länger ausbeuten zu lassen. Zweifellos wollen sie von neuem produzieren, aber sie verlangen, daß der Kapitalismus nicht länger ihnen seinen jahrhundertalten Rechten vorzuziehen. Die wichtigste Bedingung dafür, daß die Produktion wieder aufgenommen werde und wieder anwachse, ist, daß aller kapitalistischer Profit verschwindet. Die amerikanischen Eisenbahner, die englischen Bergleute, alle angelsächsischen Angestellten, welche bisher nur in beruflichen Bezirken besaßen und von allgemeinen Gedanken weit entfernt waren, auch sie organisieren jetzt eine Bewegung zugunsten der Sozialisierung und der Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Bewegungen sind im Grunde die gleichen, sowohl in den besiegten, als auch in den siegreichen Ländern. Sie sprechen der kapitalistischen Produktionsmethode das Todesurteil; solange diese bestehen wird, solange werden auch die Streiks, die verminderten Arbeitsleistungen und das, was man als Woge der Faulheit bezeichnet, nicht nur nicht verschwinden, sondern sich noch weiter ausbreiten und wachsen.

Wir wissen im übrigen, daß das Verschwinden des Mehrwertes allein nicht das Problem der Produktion zu lösen vermag. Ohne Zweifel muß man sofort zu sozialisieren beginnen; das ist die erste Notwendigkeit. Aber es wäre eine Täuschung, nun zu glauben, daß die Menschheit dann sofort in ein Paradies eintreten wird; im Augenblick, da die Sozialisierung in Angriff genommen sein wird, muß die Schaffung der Reichtümer größer als jemals sein, damit das allgemeine Wohlergehen sich unauflöslich verbessere. Die Arbeiterklasse muß daher an diesen Augenblick denken, um sich frei und ohne Zwang für die Produktion zu disziplinieren, und wir wissen, daß die Zeit der Vorbereitung und des Uberganges sehr schwer zu überstehen sein wird.

Doch es ist unerlässlich, zu erkennen, daß das bürgerliche Regime von jetzt ab in der Welt der Arbeit nicht mehr die moralische Autorität besitzt, die unerlässlich ist, um die Befriedigung der von der Menschheit unserer Sozialismus geforderten Bedürfnisse sicherzustellen.

Die von Cachin entwickelten Ordnungsvorgänge sind unsern Lesern nicht fremd. Wir haben sie häufig genug in diesen Spalten dargelegt. Ihre nochmalige Wiedergabe aber erscheint uns um deswillen notwendig, weil der Artikel zeigt, daß die Schwierigkeiten der Produktion gegenwärtig international sind, und weil ferner aus dem Artikel klar und deutlich zu ersehen ist, daß die französischen Massen den Kampf für die soziale Revolution mit Grundsolidarität und Energie führen.

Reinhardt oder Koste?

Die „Frankfurter Zeitung“ besetzt sich in einem Artikel mit den reaktionären Machenschaften innerhalb der Reichswehr und wirft dabei die Frage auf, wer denn in dem Verhältnis zwischen der Regierung und der Reichswehr der eigentliche Führer und wer der Geächtete sei. Das Blatt schreibt darüber:

„Die Frage ist schon seit langem bei mancherlei Unentschieden aufgeworfen worden, mit zunehmender Häufigkeit in der letzten Zeit, weil das Unersetzliche sich häuften. Die Reaktion führt sich, leider, härter werden, im gleichen Maße, in dem die Furcht vor einer neuen, weniger eutwäglichen Revolution schwaht. Und so tritt mancherlei alte reaktionäre Meinung, die in den ersten Revolutionsmonaten vorsichtig verdrängt worden war, jetzt wieder mit neu gewonnenem Mut hervor. Soll so lange zugehört werden, bis die Reichswehr, das Instrument Koste, ein Instrument dieser Reaktion wird? Die Gefahr besteht, und man sieht sich dem wirklich, ist sie riesengroß. Aber sie ist, wir zweifeln nicht daran, heute noch zu bannen. Denn es gibt für die kleine Truppe, die wir noch haben dürfen, genug Mannschaften und Führer, die entschlossen auf dem Boden der Republik, auf dem Boden des neuen demokratischen Deutschland stehen und die gewillt sind, dem Eide auf die Verfassung ge-

tren dieses Neuz, wenn nötig, zu schwören. Es gibt genug. Das worauf es ankommt ist nur, daß die Regierung die reaktionären Elemente in der Reichswehr nicht dulde, daß sie mit rücksichtsloser Entschlossenheit jede gefährliche Verästelung aus der Reichswehr ausmerze und alle Fäden lasse, die die Kraft und die Weisheit.“

Das Blatt knüpft sodann an die Angelegenheit des Obersten Reinhardt an und fragt, ob dieser „Reinhardt in Wahrheit der Koste und Koste selbst nur die vorgeschobene Kulisse der Militärs“ sei. Diese Frage müsse beantwortet werden, da für die deutsche Zukunft viel davon abhängt, daß die Autorität der Regierung gegenüber den Militärs zur Geltung käme, um kommenden Gefahren auszuweichen.

Die von der „Frankfurter Zeitung“ aufgeworfenen Fragen sind eigentlich längst gelöst. Koste und Reinhardt, beide Männer sind die Träger eines Systems, und dieses System wird weder mit Koste noch mit Reinhardt verschwinden, sondern erst durch die Schaffung einer Volkswehr beseitigt werden.

Lügemeldungen aus Bayern.

Der „Lokalanzeiger“, dessen läugerliche Verichterstattung über die Verhältnisse in Bayern vor kurzem selbst von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ aufs ärgste blödsinnig wurde, bringt in einer seiner letzten Nummern einen Drahtbericht seines Münchener Korrespondenten über die angeblich allzu gute Behandlung der Bestenbgefangenen im ehemaligen Justizhaus Straß. Dieser Schandbericht scheint nicht zufrieden zu sein, daß der „neugeistliche“ bayerische Justizminister Dr. Müller die den Bestenbgefangenen unter dem alten Regime zustehenden Geschickungen in schimpflicher Weise beschneiden hat, und richtet den Bestenbgefangenen ein wahres „Herzenleben“ an. Daß er die Wahrheit beider sozialistischen Parteien im Münchener Stadtrat in eine solche der U. S. P. D. umlegt, sei nur nebenbei erwähnt. Offenbar verfolgt er mit seinen bayerischen Lügemeldungen den Zweck, die von den Bestenbgefangenen in mehreren offenen Briefen an den bayerischen Justizminister bekanntgewordene empörende Behandlung noch zu verschärfen.

Wenn vor der Revolution Offiziere und Studenten eine „Ehrenstrafe“ abzulassen hatten, wurde für ausgezeichnete Behandlung gesorgt. Daß aber jetzt Proletarier einige Reste des früheren Geschickungen genießen, ist Zeitungen vom Schlage des „Lokalanzeigers“ ein Dorn im Auge. Daß die Redung dieses verlogenen Subjekts vom ersten bis zum letzten Wort erfunden ist, heißt dem „Lokalanzeiger“ gleichgültig.

Zu diesem Kapitel gehört auch die vor einigen Tagen durch die Presse gegangene Meldung von einem Sparralistenputsch in München. Es sollte ein Angriff auf die Türkenkaserne, festgefunden haben mit Artillerie und allem möglichen Drum und Dran. Nachdem auch diese Lügemeldung ihre verheerende Wirkung erfüllt hat, kommt das Dementi vom Gruppenkommando 4 in München: Der Schütze Kaiser vom Schützenregiment erklärte einem Unteroffizier die Einrichtung eines Geschüßes. Er lud das Geschüß mit einer Granate — nach seinen Angaben, hielt er sie für eine Lebnungsgranate — und feuerte ab. Die Granate kreperte unter einem vorüberfahrenden Radwagen und tötete den Fahrer und die zwei Pferde. Der Schütze stellte sich sofort seinem Kommando.

Also der sträfliche Delikt eines Soldaten wird flugs zu einem Sparralistenputsch aufstrahlt. Wenn nur was längen bleibt.

Ein neuer Spindelbericht.

Wir lesen in der „Täglichen Rundschau“: Unter dem Namen „Revolutionärer Patrosenbund“ ist der aufgelöste „rote Soldatenbund“ aus der Wache entstanden. Der Bund besteht aus Anhängern der früheren Volksmarineoffizieren und der Republikanischen Soldatenwehr. Er soll bei dem zu erwartenden Sturz der Regierung der kommunistischen Partei dienbar sein. In allen größeren Städten des Reichs sind Abteilungen des Bundes im Entstehen. Die Zentrale ist in Berlin. Der Bund arbeitet im strengsten Einvernehmen mit der R. P. D. Waffen sind in genügender Zahl vorhanden.

Es wird mit jedem Tag klarer, daß wir einer Wiederholung des Märzauflandes entgegenzusehen. Namentlich Berlin scheint wiederum am meisten gefährdet zu sein.

Wir fragen, ob es die Regierung verantworten kann, angesichts dieser klaren Beweise für die Vorbereitung zu gewalttätigem Umsturz die Garnison Berlin ständig zu verringern?

Der letzte Absch, der auch von der „Täglichen Rundschau“ gesperrt wiedergegeben worden ist, beweist zur Genüge die Tendenz dieses Spindelberichtes. Er entstammt der Nachrichtenstelle irgendeiner militärischen Formation, die ein Interesse daran hat, in Berlin zu verbleiben, weil sie hier den geeigneten Boden für ihre monarchistisch-reaktionären Treibereien gefunden zu haben glaubt.

Rundgebung des Republikanischen Führerbundes.

Der Republikanische Führerbund plant für Montag, den 18. September, nachmittags 7 Uhr, im großen Sitzungssaal des Herrenhauses eine große Rundgebung „für die Verfassung“. Diese Rundgebung soll den Führern aller Gräbe der Reichswehr, der freiwilligen Verbände, wie der alten Armee, sowohl des aktiven wie des Beurlaubtenstandes, die Möglichkeit geben, ihr einstimmiges Bekenntnis zur Deutschen Republik und zur Verfassung darzulegen. An alle Mitglieder des R. P. D. im Reich ergeht die Aufforderung, unter keinen Umständen diese Versammlung zu versäumen. Die Mitglieder in Berlin und Umgebung müssen geschlossen zur Stelle sein. An diesem Abend werden Vertreter politischer Parteien ihre Sympathien für das Programm des R. P. D. zum Ausdruck bringen. Als selbstverständlich wird betrachtet, daß die zum Tragen von Uniform Berechtigten zu dieser Rundgebung im Hofstad erscheinen.

Parteitag der Italienischen Sozialdemokratie.

Bern, 12. September. In dem Postfach der offiziellen Sozialisten in Italien, das auf den 25. bis 28. September angelegt ist, liegen nach Mitteilung des „Quanti“ bereits Annahmen von 800 Seiten vor.

Scheidemann auf der Anlagengebaut.

Aus Cassel wird uns geschrieben: Schon seit dem 21. Juli waren die braven Casseler auf den großen Tag, wo der Mann mit der verdorren Hand, von seiner Schweißarbeit zurückkehrend, sich seiner Würdenschaft präsentieren werde. Nach mehrtägigen Vorbereitungen der rechtssozialistischen Presse, die alles versuchte, um eine rechte Kampfstimmung gegen die U. S. P. zu erzeugen, fand am Donnerstagabend im Stadtparkgarten vor 10 bis 12 000 Zuhörern die folgende angeordnete **Abrechnung** mit den Unabgängigen und andern Verleumdern statt. Die Gänge der Besucher bestanden aus Bürgerlichen, die den lieben Scheidemann ja schon seit langem als einen derartigen ansehen.

Bei Beginn seines Redens trat Scheidemann den Reduzierten entgegen, daß er kein Vermögen in die Welt mitgebracht, sich dort Häuser und in Danemuehl ein Rittergut gekauft habe. Ferner machte er aus der Not eine Tugend, indem er erklärte, daß er aus konsequenter Demolierung und Anreizung seiner Ministerposten aufgegeben habe, ein Zeichen, daß er kein Arbeiter, daß ihm nichts an Geld und Gut gelegen sei. Nicht einmal die Erbschaft seiner verstorbenen Lante in Cassel in Höhe von 504 Mark habe er angenommen. So ungenügend sei er.

Daß Scheidemann seine Kriegspolitik zu verteidigen suchte, ist verständlich, daß er es aber zu behaupten magt, er habe von Anfang des Krieges an gegen jegliche Annexionen wie ein Löwe gekämpft, ist ein Beweis für seine hundertprozentige Demagogie. Seine an die Adresse der Monarchie gerichtete Beschuldigung gegen die einseitige Wertschätzung der Monarchie machte nicht einmal auf die Zuhörer Eindruck. Interessant war sein Eingeständnis, daß Roske nicht der richtige Mann am rechten Platz sei, wenn sich die im „Vorwärts“ veröffentlichten Gerüchte über den Kommandeur Roske wahrheiten sollten. Die ganze Rede war ein Lobgesang auf sich selbst, um sich mit dem glorreichen konsequenter Handlungsweise zu umgeben. Sein Niedergang mit der bürgerlichen Gesellschaft bewies er durch sein energisches Auftreten gegen die Herrschaft des Proletariats. Das brachte ihm selbstverständlich den kräftigen Beifall der Casseler Spielbürger.

Als erster Diskussionsredner trat dem Referenten der Genosse Joseph Schneider aus Berlin entgegen, der mit großem Beifall von der revolutionären Arbeiterschaft begrüßt wurde. Genosse Schneider hielt eine gründliche Abrechnung mit dem rechtssozialistischen und linken Flügel in der sogenannten sozialistischen Bewegung. Die Verbrechen der Rechtssozialisten und der Verrat der Scheidemann an der gesamten Arbeiterschaft, den der Redner in vielen Beispielen der Führerschaft vor Augen führte, wirkten nicht minder. Dem verdorren Kadaver der Casseler Schandpolitik wurde sehr schmerzhaft zugemutet, als Schneider durch einige kräftige Beispiele die Politik des Referenten, der ihm in dem für uns in der Hauptsache das verbrecherische Wesensmerkmal der Kriegsverbrechen begünstigte, richtig brandmarkte. Die Anhebung der Verbrechen, die Schandpolitik, die Schändung der jüngsten Vorgänge in Berlin wies auch in den Reihen der rechtssozialistischen Arbeiter bezeichnend die Entrüstung hervor, die sich in tausendfachen Pfauenschweifungen kundgab. Von der revolutionären Arbeiterschaft wurde kräftiger Beifall dem Genossen Schneider für seine kräftige Anlagengebaut.

Scheidemann, dem inzwischen der Boden unter den Füßen zu brennen anfing, versuchte darauf, die Anklage zu zerpfücken, indem er alles leugnete, was ihm zur Last gelegt wurde, aber doch so schamlos war, sich von der Bombardierung einiger aller Welt bekannten, einwandfrei erwiesenen Tatsachen zu drücken.

Als zweiter Diskussionsredner meldete sich der Parteisekretär Genosse Zäpnitz. In sozialer Art und Weise geisterte er die Bewilligung der Kriegskredite. Das löste und löst die Welt, das absolute Verstummen der revolutionären Arbeiterschaft über die bis zum Krieg von der Hand und dem Vertrauen der Arbeiter getragenen Führer im Reichstag hat seinen Grund in der Überzeugung der Arbeiterschaft, daß sie von ihren Führern in der Stunde der größten Not verraten und verlassen worden sind. Die U. S. P. D. steht nicht als Angehöriger, vielmehr als Anführer vor der Welt. Dasselbe Grundfaßlosigkeit und derselbe Verrat an den alten sozialistischen Idealen ist auch nach dem Zusammenbruch der Reichskredite am 2. November von den rechtssozialistischen an der Arbeiterschaft geübt worden, so daß heut sogar schon ganze Organisationen, wie die Arbeiterorganisation der U. S. P. D. unter Führung des rechtssozialistischen Abgeordneten Boche die Abberufung Boches kategorisch verlangt. Sie haben ein eigenes Komitee bestellt, in welcher bestialischer Weise die Sozialisten in Oberdeutschland gegen die Arbeiterschaft gewallt hat, und schaden das von ihnen klar erkannte Mißverhältnis der Koalition. Die Abberufung der Arbeiterklasse kann nur erfolgen auf der Grundlage des Klassenkampfes und der Ablehnung jeden Kompromisses mit den bürgerlichen Interessensvertretern, den Totfeinden der Arbeiterschaft.

Auch diese Anklagen wurden mit größter Unacht von der Arbeiterschaft angeht und es forderte eine laute Stille auch in den Reihen der rechtssozialistischen und bürgerlichen. Die revolutionäre Arbeiterschaft sollte den Ausschlag geben das Genossen Zäpnitz beglückwünschte Beifall, dem sich auch viele rechtssozialistische Arbeiter aus ehrlicher Überzeugung anschlossen.

Als dritter Redner sprach Genosse Schäfer, der ganz besondere Fragen an den Referenten stellte, die ein großes Aufsehen bei ihm auslösten.

Der so pompös als Arbeiter angeführte Scheidemann fand damit als Angehöriger der linken Arbeiterschaft und konnte sich nur jämmerlich verteidigen. Die Einwände auf die an ihn gestellten peinlichen Fragen ließ er nicht so ganz abblenden, Scheidemann schuldig. Direkt läßt sich seine Unschuldigungsversuch, daß er vor 12 000 Menschen nicht das verheerende Wort, was vor fünf Jahren geschrieben sei.

Wenn auch von den Casseler Spielbürgern mit Beifall nicht gefolgt wurde, so steht das Urteil über Scheidemann bei der revolutionären Arbeiterschaft in Cassel nach dieser Niederlage fest.

Die Arbeiter der Preussischen Landesversammlung.

Der preussischen Landesversammlung gegen noch 20 Mitglieder und sieben Regierungsdirektoren zur Vertretung der Arbeiterangelegenheiten, Taxationsjuristen, Bildung von Arbeitsbeschäftigungsausschüssen, Kommunalisierung der Charakteristischer Wasserwerke, Wiederherstellung der Schuldenkapitalen, endgültige Beschäftigung für die Landesversammlung, Ermächtigung der Geschäftsbürokratie der Staatsverwaltung.

Werde, außerdem Rederscheitern und Denkschriften der Regierung, 102 Anträge von Mitgliedern der Landesversammlung, 26 förmliche Anfragen, 20 keine Anfragen. Erwartet werden noch Vorlagen über das Autonomiegesetz für Oberschlesien, über die Groß-Berliner Eingemeindung und über die ungünstige Verfassung.

Mittelstandshilfe und Steuerprivileg der Beamten.

Im Haushaltsantrag der preussischen Landesversammlung wurde am Donnerstag und Freitag über die den Beamten erneut zugesicherte Mittelstandshilfe beraten. Mit Ausnahme der reinen Beamtenverbände wurde von den Rednern betont, daß nach dem das Reichsstatut den Mittelständern eine erneute einmalige Hilfe gewährt, werden in einer Zwangsklasse sei und nachfolgen müßte. Allerdings dürfen dann auch die Staatsarbeiter nicht leer ausgehen, und es müßte ihnen eine, wenn nicht gleiche, aber doch annähernde Hilfe gewährt werden, wie das die Arbeiter verlangten. Die Lebensmittelpreise seien, trotz der Reichsstatuten nicht gesunken. Das liege an dem schlechten Stand der deutschen Wälder.

Wie mehr als eine Milliarde betragenden Anforderungen sollen durch einen Zuschlag zur Grundsteuer gedeckt werden, wofür aber nur um die Zinsen und die Tilgung zu bezahlen. Die gesamte Ausgabe wird wieder auf Pump genommen werden.

Bei dieser Gelegenheit wurden die Wirkungen dieser Maßnahmen auf den volkswirtschaftlichen Gebiet eingehend erörtert. Auch die Lage der Eisenbahnarbeiter wurde behandelt. Es wurde entschieden die Behauptung über die geringe Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den Eisenbahnbetrieben zurückgewiesen und auf das schlechte Material und den Mangel an Arbeitsmaterial für eine geordnete Arbeitsweise hingewiesen. Von sachkundigen Beobachtern wurde auch die Behauptung von der geringen Leistungsfähigkeit der Bergarbeiter entschieden widerlegt. Selbst ein Vertreter der christlichen Volkspartei betonte, es sei einfach unmöglich, zu sagen, die Bergarbeiter arbeiteten nicht genug. Besont wurde von einzelnen Rednern, daß man daran denken müßte, daß der Staat nicht nur der Beamten wegen da sei, es sei unmöglich, der Beamten wegen sich immer tiefer in die Finanzwirtschaft hineinzuarbeiten. So könne es nicht weitergehen. Anders Redner erklärten sich als Gegner jeder einmaligen Beihilfe, nur eine Besoldungsreform sei der richtige Weg, um eine geordnete Finanzwirtschaft zu haben. Zudem hätten die Beamten noch das Vorrecht, ihr Einkommen nur zu einem kleinen Teil verpfänden zu können. Dazu kommt die jenseitige Vermögenshaftung, nach der sie auch die Teuerungsschläge nicht zu vermeiden brauchen. Jeder Arbeiter, jeder Angestellte, muß jeden Pfennig verdienen. Das Genosse brauche das nicht. Es sei ganz ungeschicklich, dieses Vorrecht aufrechtzuerhalten, zumal die anderen die Gelder aufbringen müßten.

Der Finanzminister erklärte, daß dieses Vorrecht nicht aufrechtzuerhalten werden könne, und da im kommenden Jahre die Einkommensteuererhöhung auf das Reich übergehen werde, wurde wohl auch mit diesem Privileg angedeutet werden.

Die Wiedereröffnung.

Kräftig wird mitgeteilt, daß in der Wiedereröffnung ein gewisses Fortschritt zu verzeichnen sei. In allen grundlegenden Fragen sei in so weit Einverständnis erzielt worden, als dies nach Lage der Dinge zur Zeit überhaupt möglich ist. Der praktische Beginn der Arbeit werde durch die jetzt noch offenstehenden grundsätzlichen Fragen nicht mehr aufgehalten zu werden. Es werden nunmehr zunächst einige typische Punkte des geschlossenen Gebietes behelligt und es wird danach beschlossen werden, welche Arbeiten Deutschland abzunehmen wird. Die Redner gedenken in die eigenartigen Aufnahmearbeiten mit denjenigen Arbeiten, die zweckmäßig mit diesen sofort zu verbinden sind, in die Aufnahmearbeiten und in die Arbeiten zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft, einschließlich der Arbeitserhöhungen in diesen Bereichen.

Der jüngliche Parteitag.

Paris, 12. September.

Der außerordentliche nationale sozialistische Kongress hielt vorzeitig seine Plenarsitzung ab. Es legte der Ausschuss zur Ausarbeitung eines kommunalen Programms sowie der Sozialpolitik vor. Nachmittags soll die Schlußtagung des Kongresses stattfinden.

Der Sozialdemokrat im ostpreussischen Rastbergbau.

Der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird aus B a s e l gemeldet:

Der neue Vorstoß auf ein Jahr laufende Tarif in der ostpreussischen Rastbergbau, der nunmehr von allen Beteiligten angenommen wurde, steht eine Frist von sechs Stunden und bei Arbeit über Tage den 14. September tag fest. Dem Arbeitsausfluß werden weitgehende Befugnisse eingeräumt. Aufregungen dürfen nicht ausbrechen.

Die ostpreussischen Rastbergarbeiter haben also durch ihren Streik den 14. September tag erklärt. Und das unter der Führung des sozialdemokratischen Betriebsrats, während im sozialistischen Deutschland diese Forderung als unerhörte Annahme der Arbeiter angesehen wird.

Die neue Arbeitsangebots an Ostland.

Mitau, 12. September.

Gelesen Abend hat sich der Kommissar des Ostlandes der russischen Arbeiterschaft in einem Rundfunk an den ostpreussischen Minister des Ostlandes gewandt mit dem Wunsch, die Arbeitsangebots einzustellen.

Eine neue Waberrlage Ostlands.

Die russische Note kommt bei dem General Kalkof eine neue Waberrlage beibringt. Wie ihr neuester Charakteristischer meldet, ist es ihnen gelungen, die Stadt Tobolsk einzunehmen und gänzlich zu zerstören zu machen. Von Ostland her soll das Meer Ostlands umzingelt worden sein; eine Abordnung der Bolschewiken soll im Norden gehalten haben.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht die Forderung der Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterschaft Deutschlands für den 20. September nach Wien.

Gewerkschaftliches.

Zum Streit im heimischen Großhandel.

Die Auslösung der russischen Streikelder erfolgt an alle Verträge, außer an die Angehörigen der Hageba, am Montag, den 15. d. Mts., nachmittags in der Zeit von 4—7 Uhr, im Verbandsbureau Kaiser-Wilhelm-Strasse 20 II. Zentralverband der Handlungsgehilfen Ortsgruppe Groß-Berlin.

Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“.

Die Dissonanz zwischen den Mannschaften und der Gesellschaft ist durch Verhandlungen beigelegt. Die Gesellschaft hat die Forderungen der Mannschaften erfüllt. Es ist ein Vertrag bis 1. April 1920 abgeschlossen. Verband der Winnerschiffe.

Knudsen-Verkehrsarbeiter. Eine weitere Aufschrift an uns, die sich auf den in Nr. 441 veröffentlichten Besoldungsbericht bezieht, besagt, daß diesen ebenfalls wie schon die Besoldung in Nr. 448 als nicht von Taktlosen entsprechend. Wir kontaktieren also erneut die Taktlose, daß der uns von dem Schriftführer der Organisation eingehende Bericht wiederholt als nicht objektiv bezeichnet worden ist. Die Schlichtung aus dem Bericht, als hätten die Knudsen-Verkehrsarbeiter den Boden des Streikstreiks verlassen, ist als unhaltbar.

Wasserschlachten und Oelzer Groß-Berlin. Wir fordern alle Kollegen nochmals auf, am Montag, 15. September, abends 8 Uhr, zur Generalversammlung, welche in Dockers Reichstr. 17, stattfindet, wegen der reichhaltigen Tagesordnung zu erscheinen. (Entscheidung zum Schluß, betreffend der Klasseneinteilung für das Metallgewerbe.)

Groß-Berlin.

Die Gewerkschaften gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission erklärt folgende Erklärung:

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend hat Kenntnis von dem Drängen der Geschäftskreise nach Aufhebung der Zwangswirtschaft und Einschränkung des freien Handels erhalten.

Diese Forderungen in die Tat umzusetzen, würden unabwehrbare Folgen für die Arbeiterschaft sowie die gesamte Volkswirtschaft zeitigen. Ein ungelindertes Steigen der Preise für Lebensmittel sowie aller Bedarfsgegenstände wäre unausweichlich. Deshalb dafür ist die Einführung des freien Handels bei den Eisen, Kohle und Leder.

Im Gegensatz dazu steht der Ausschuss der Gewerkschaftskommission auf dem Standpunkt, daß die Zwangswirtschaft aufrecht erhalten wird. Vielmehr muß von den Behörden alles getan werden um durch Eröffnung der landwirtschaftlichen Produkte beim Verbrauch die Ernährung des Volkes sicher zu stellen. Eine besondere Aufmerksamkeit bedarf der Eisenhandel, der noch in ungeachter Höhe sein Unwesen treibt. Mäßigkeit muß durch die Organe der Stadt Berlin sowie die Behörden der Reichsregierung alles getan werden um dies gemeinwohlgefährliche Treiben zu unterbinden. Alle dem Eisenhandel abgenommenen Waren müssen der minderbemittelten Bevölkerung zu ermäßigten Preisen angeboten werden.

Um die unbedeutende Bevölkerung auch für die Zukunft zu schützen, ist es notwendig, daß die Konsumenten, insbesondere die arbeitende Bevölkerung für die Durchführung der vorstehenden Beschlüsse mit aller Energie eintritt. Allen Gegenmaßnahmen der Geschäftskreise muß die Arbeiterschaft geschlossen entgegenwirken.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend.

Ordnung auf der Stadtverordnetenversammlung.

Unter dieser Epithete teilt das „Berliner Tageblatt“ mit „Anfänger der Stadtverordneten“, die das Triebenenpublikum bei der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung verursachte, habe der Stadtverordnetensprecher Dr. Wehl, wie gemeldet, Mühe in Aussicht gestellt. Wie wir schon, findet Anfang der nächsten Woche zwischen den Fraktionsführern und dem Verbands der Stadtverordnetensammlung eine Konferenz statt, in der die neuen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung festgelegt werden sollen. Die Triebenen werden Mühe mitzubringen nur gegen Karten betreten werden dürfen. Jede Fraktion und das Bureau der Stadtverordnetenversammlung sollen eine Anzahl Karten erhalten, die an die Geschäftskreise ausgeteilt werden. So nur so viel Karten ausgeben werden, als Plätze vorhanden sind, dürfte auch eine Reduzierung vermieden werden.

Wir wünschen uns zunächst gegen dieses Verfahren wenden, da es für die Triebenenfelder eine Gefahr bedeutet. Wie hoffen, daß es gelingen wird, allen Triebenenfeldern, ohne Unterschied der Parteiparteiung, klar zu machen, daß solche Ereignisse, wie sie sich wiederholt ereignet haben, keinen nachlassenden Kampf gewinnen und geeignet sind, eine gefährliche Arbeit in den Kommunen schließlich zu lösen. Die Triebenenbesucher haben nur das Recht, den Verhandlungen zuzuhören und dürfen sich jeder Beifalls- oder Mißbilligungshaltung heucheln. Wenn auch manchmal eine heilige Selbstzensur dazu gehört, so muß diese doch bei jedem einzelnen beobachtet werden. Die

Neu! Neu!

DIE MÜNCHENER TRAGÖDIE

Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Kato-Republik München

Mit Bildern des Landgerichtsdirektors Stadelmayer und des Staatsanwalts Hahn

Preis 1,25 M.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“

Wandererbesucher sind in der Regel auch Wähler und können...

Achtung! Kommunale Arbeiterräte!

Am Mittwoch, dem 17. d. M., vormittags 10 Uhr, findet im...

Der Leidenfund am Teltowkanal hat noch nicht wieder auf...

Der nationaler Schülerdemonstration auf dem Haldendamm...

Unterricht im Russischen für Anfänger und Fortgeschrittene...

Die Unterstichtigkeit liegt in dem Abend, in der zuletzt...

Jungen, die gefehen haben, wie ein junger Mann von sechs...

Lebensmittelliste.

- Banken, vom Montag ab 200 Gr. Gaferslöden.
Reinlebensmittel, 200 Gr. Gruppen, Anmahlung 12...

Aus den Organisationen.

Erster Weltkrieg und 2. und 4. Abteilung des großen Volk...

Bereitschaften.

Achtung! Spandauer Staatsbetrieb am Dienstag, den 18. Sep...

Achtung! Sehr wichtig für alle Leser der 'Freiheit'! Die Hebung der wirtschaftlichen...

Theater und Vergnügungen. Opernhaus, Schauspielhaus, Deutsches Theater, Kommerzien-Theater...

Casino-Theater, Großstadt-Pflanzen, Circus Busch, Vergnügungs-Palast, Grob-Berlin...

Schaubühne Morikplatz, Ernst Lubitsch, Offi Cowalda, Riesen-Variete-Programm, Arbeiter-Wanderbund...

Die 'Zeit am Montag', Alte Gebisse bis 750 Mk., Berliner Zahngebiß-Zentrale, Frauenvereine...

Kaufsuche, Verschiedenes, Piano, Kupferdrähte, Metalle, Metallwaare, Photographen, Seilman's, Billige Wohnungen...

Wanzen und Motten mit Brut werden radikal vernichtet durch Radikal-Wanzen- und Motten-Pfeiffers...